

Datum 02.05.2025

Anmerkungen der OMV Aktiengesellschaft zum Entwurf der Gas-Marktmodell-Verordnung 2020 (GMMO-VO 2020) – Novelle 2025

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum Entwurf der Novelle 2025 der GMMO-VO 2020 unsere Anmerkungen innerhalb offener Frist übermitteln zu dürfen.

Wir möchten zu den in der Novelle enthaltenen Bestimmungen zur Beendigung von Netzzugangsverträgen (§§ 14 Abs 1a, 15 Abs 1a sowie 47 Abs 7 GMMO-VO 2020) Stellung nehmen. Zu weiteren in der Novelle enthaltenen Änderungen gibt die OMV Gas Marketing & Trading GmbH eine separate Stellungnahme ab.

Wir sehen in dem Novellenentwurf die **wichtige Klarstellung** enthalten, dass **Beendigungen** von **Netzzugangsverträgen** möglich sind. Hiermit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass **Lagerstätten kein unendliches Gut** enthalten, sondern insbesondere die **Produktion ein Ende** nehmen kann, **ohne dass dies bereits beim Abschluss des Netzzugangsvertrages vorhersehbar bzw. zeitlich bestimmbar** wäre.

1. Beendigung von Netzzugangsverträgen (§ 14 Abs 1a sowie § 15 Abs 1a GMMO-VO 2020)

Der Novellenentwurf hält nunmehr klarstellend fest, dass die Beendigung des Netzzugangsvertrages im Falle der **dauerhaften Stilllegung** möglich ist. Der Begriff Stilllegung wird im Rahmen der erläuternden Bemerkungen mit dem Ende der **Betriebsbewilligung der Anlage** beschrieben. Die Bezugnahme auf das **Ende der Betriebsbewilligung ist jedoch nicht treffsicher**. Um ein solches Ende der Betriebsbewilligung zu erreichen, müssten zuvor sämtliche Anlagen (ober- und unterirdisch) liquidiert werden.

Im Widerspruch hierzu steht die Absicht von Speicherunternehmen und Produzenten, die vorhandene Infrastruktur **auch in Zukunft nutzen** zu können. Zu denken ist etwa die Belassung der Produktions- und Speicherinfrastruktur für eine mögliche zukünftige Nutzung (etwa für Wasserstoff, sofern die hierfür erforderlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen in Zukunft erfüllt sind). Auf diese Weise kann geänderten Rahmenbedingungen und Anforderungen entsprochen werden. Dies macht deutlich, dass es auch **im Allgemeininteresse** ist, dass Betriebsanlagen nicht unmittelbar liquidiert werden, sondern für eine mögliche zukünftige Nutzung erhalten werden. Der **Begriff „Stilllegung“ sollte daher vermieden** werden.

Dies erscheint auch **verfassungsrechtlich** geboten: Ein Anknüpfen an das Ende der Betriebsbewilligung hätte nämlich zur Folge, dass das Speicherunternehmen bzw. der Produzent, wenn er die Speicher- bzw. Produktionstätigkeit bloß unterbricht, dennoch Netzentgelte zu entrichten hätte, obwohl er keine Netzdienstleistung in Anspruch nimmt. Dies erschiene grob unsachlich. Um dies zu vermeiden, bliebe ihm nur die – mit Kosten verbundene – endgültige Stilllegung, was wiederum die Erstellung und Umsetzung eines – kostenintensiven – Abschlussbetriebsplans (§ 114 MinroG) erforderlich machen würde.

Im Falle der **Speicherung** bietet sich vielmehr eine Bezugnahme auf die **Unterbrechung** der Speicherung an. Eine derartige Unterbrechung wird der Montanbehörde nach Durchführung der hierfür technisch

notwendigen Arbeiten angezeigt. Nur angemerkt sei, dass auch das MinroG selbst in § 116 Abs. 9 von der Möglichkeit einer solchen Unterbrechung ausgeht.

Im Falle der **Produktion** sollte ebenfalls auf den Begriff „**Unterbrechung**“ abgestellt werden, zumal diese **Gleichbehandlung von Speicherung und Produktion schlüssig** ist. Auch im Falle der Unterbrechung der Gewinnung erfolgt, nach Vornahme der technisch notwendigen Arbeiten, eine Meldung an die Montanbehörde.

Sollte der Begriff der Unterbrechung im Falle der Produktion keine Zustimmung finden, wäre ein Abstellen auf den Begriff der „**Einstellung**“ **statt dem bisher vorgesehenen Begriff der Stilllegung angebracht**, zumal der Begriff „**Einstellung**“ dem MinroG zu entnehmen ist.

Auch eine derartige Einstellung der Gewinnung wird der zuständigen Behörde – nach Vornahme der technisch notwendigen Arbeiten – entsprechend dem MinroG angezeigt. Sollte zuvor ein Speicherbetrieb bestanden haben, wird der Behörde die Umstellung von Speicher- auf Produktionsbetrieb zur Gewinnung des in der Lagerstätte enthaltenen Kissengases (bundeseigener mineralischer Rohstoff Erdgas) angezeigt. Nach Beendigung der Abförderung des Kissengases wird der Behörde die Einstellung der Gewinnung unter gleichzeitiger Unterbrechung der Speicherung angezeigt.

Die Bestimmungen zur Beendigung von Netzzugangsverträgen (sowohl § 14 Abs 1a als auch § 15 Abs 1a) enthalten dieselben Angaben zur Frist für die Beendigung. Demnach kann der Netzzugangsvertrag „*mit dem der Stilllegung folgenden Monatsletzten beendet werden*“. Diese Formulierung lässt wohl ungewollt offen, ob eine Beendigung nach diesem Zeitpunkt weiterhin möglich ist. Es wäre daher vorteilhaft, eine allgemeine Kündigungsfrist anzuführen.

Unter Berücksichtigung der obigen Ausführungen ergeben sich für uns **folgende Formulierungsvorschläge**:

a. § 14 Abs 1a:

„Netzzugangsverträge gemäß Abs. 1 können im Fall der *Unterbrechung* der Speicheranlage durch das Speicherunternehmen mit dem der *Unterbrechung der Speicherung* folgenden Monatsletzten *sowie danach unter Einhaltung einer einmonatigen Frist jeweils zum Monatsletzten* beendet werden. Sonstige gemäß Netzzugangsvertrag bestehende Kündigungsrechte der Speicherunternehmen bleiben hiervon unberührt.“

b. § 15 Abs 1a:

„Netzzugangsverträge gemäß Abs. 1 können im Fall der *Unterbrechung der Produktion bzw. Erzeugung* durch Produzenten und Erzeuger von erneuerbaren Gasen mit dem der *Unterbrechung der Gewinnung bzw. der Erzeugung* folgenden Monatsletzten *sowie danach unter Einhaltung einer einmonatigen Frist jeweils zum Monatsletzten* beendet werden. Sonstige gemäß Netzzugangsvertrag bestehende Kündigungsrechte der Produzenten und Erzeuger bleiben hiervon unberührt.“

In die erläuternden Bemerkungen sollte aufgenommen werden, dass der Zeitpunkt der Unterbrechung (bzw. Einstellung) an objektivierbare Maßnahmen, wie den Abschluss der hierfür technischen Maßnahmen des Speicherunternehmens bzw. Produzenten oder Erzeugers oder an die entsprechende Meldung an die Montanbehörde geknüpft ist. Hiermit wäre auch sichergestellt, dass kein willkürliches Unterbrechen / keine willkürliche Einstellung erfolgt.

Der Zusatz, dass sonstige – frühzeitigere – Kündigungsrechte gemäß Netzzugangsvertrag hiervon unberührt bleiben, ist nur schlüssig und sollte auch in den erläuternden Bemerkungen näher ausgeführt werden. Die GMMO-VO 2020 soll insofern nur einen Mindeststandard für die Kündigung von

Netzzugangsverträgen regeln, ohne die Privatautonomie gänzlich auszuschließen. Aus diesem Grund soll es den Vertragspartnern unbenommen bleiben, etwaige – frühzeitigere – Kündigungsrechte zu vereinbaren. Ein derartiger Verweis auf etwaige Regelungen des Netzzugangsvertrages ist nicht unüblich, enthält doch auch der Entwurf der „Gas-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2013 – 2. Novelle 2025, GSNE-VO 2013 – 2. Novelle 2025“ vom 17.04.2025 in den erläuternden Bemerkungen zu § 18 Abs 1 Z 1 bis 4 einen Verweis auf etwaige Regelungen in Netzzugangsverträgen.

2. Inkrafttreten der Novelle (§ 47 Abs 7)

Der Novellenentwurf sieht hinsichtlich der Beendigungsbestimmungen (§ 14 Abs 1a sowie § 15 Abs 1a) vor, dass diese mit dem der Kundmachung folgenden Gastag in Kraft treten. **Offen bleibt, welche Auswirkungen die Novelle auf bereits in der Vergangenheit ausgesprochene Kündigungen hat.** Das **bisherige Fehlen einer Beendigungsmöglichkeit in der GMMO-VO 2020 stellt ein offensichtliches Versehen** dar. Es ist eindeutig, dass das Fehlen von Beendigungsbestimmungen in der GMMO-VO nicht dazu führt, dass eine Beendigung von Verträgen bislang unmöglich war. Dies gilt umso mehr, da **allgemeine Vertragsbedingungen von Netzbetreibern Beendigungsmöglichkeiten beinhalten** und somit auch bisher eine **Beendigung von Netzzugangsverträgen möglich** war. Die **nunmehrige Aufnahme von Beendigungsbestimmungen** kann daher nur der **Klarstellung sowie der zukünftigen Regelung von Beendigungserklärungen** dienen. Zur Erreichung der größtmöglichen Rechtssicherung sollten jedoch auch **vor Inkrafttreten der Novelle ausgesprochene Beendigungserklärungen in der Novelle berücksichtigt** werden.

Wir würden daher **folgende Formulierung** des § 47 Abs 7 vorschlagen:

„§ 28 Abs. 3, § 39 Abs. 2 bis 4, § 40 Abs. 2 bis 4, § 40 Abs. 6 und 7, § 41 Abs. 3 Z 2, § 41 Abs. 4 Z 2, § 41 Abs. 7, § 43 Abs. 2 und § 45 Abs. 3, in der Fassung der Verordnung BGBl. I Nr. xxx/2025, treten mit Beginn des Gastages 1. Jänner 2026 in Kraft. § 6 Abs. 5 letzter Satz, § 6a, § 14, § 15 Abs. 1a, § 18a, § 32 Abs. 3 Z 5, § 32 Abs. 6 Z 2 und 3, § 32 Abs. 11 Z 2, § 34 Abs. 1 Z 5 erster Satz, § 36 Abs. 3, § 37 Abs. 10 letzter Satz sowie Anlage 1 Teil I Z 2 lit. f, in der Fassung der Verordnung BGBl. I Nr. xxx/2025, treten mit dem der Kundmachung folgenden Gastag in Kraft. Vor Inkrafttreten der §§ 14 Abs. 1a und 15 Abs. 1a ausgesprochene Beendigungserklärungen sind jedenfalls mit dem Inkrafttreten der genannten Bestimmungen wirksam. § 6a ist für Kapazitätstäusche ab dem Gastag 1. Oktober 2025 anzuwenden.“

Die **Einfügung dieser Bestimmung trägt dem bisherigen Versehen**, eine Beendigungsmöglichkeit in der Verordnung vorzusehen, sowie der möglichen Parteienvereinbarung zwischen Speicherunternehmen bzw. Produzent / Erzeuger auf der einen Seite und dem Netzbetreiber auf der anderen Seite Rechnung. In die **erläuternden Bemerkungen** sollte daher aufgenommen werden, dass dieser **Zusatz der bisherigen, offensichtlichen Lücke in der GMMO-VO 2020**, nämlich dem Fehlen einer Kündigungsbestimmung in der GMMO-VO 2020, sowie einer etwaig im jeweiligen Netzzugangsvertrag bestehenden Parteienvereinbarung **Rechnung trägt**.

Wir ersuchen höflich, unsere Anmerkungen aufzunehmen und die offenen Fragen zu klären. Wir stehen selbstverständlich für Gespräche zur Verfügung.